

# **Deutschsprachige Vertretung im Europäischen Parlament und in der Belgischen Abgeordnetenversammlung**

**Autor:** Mike Mettlen



Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (DG) ist der kleinste Wahlkreis für die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP), mit einem Wahlkollegium von knapp 50.000 Personen. Da das deutschsprachige Wahlkollegium nur ein Mitglied wählt, ist die DG darüber hinaus ebenfalls der einzige Einmandatswahlkreis der Europäischen Union (EU), in dem der Wahlsieger nach der Methode der relativen Mehrheitswahl bestimmt wird und nicht nach dem Prinzip der Verhältniswahl, wie dies im Rest der EU der Fall ist (siehe Karte und Legende). In der DG findet für die Europawahl eine Listenwahl mit 7 Listenplätzen statt, obwohl es sich in Einerwahlkreisen immer um eine Kandidatenwahl handelt, bei der jede Partei einen einzigen Kandidaten zur Wahl aufstellt, eine Situation, die weltweit einzigartig ist.

Auf der einen Seite ist es ein großes Privileg, dass die DG im EP vertreten ist, und der Minderheitenschutz sowie die Gleichberechtigung in einem Bundesstaat sind starke Argumente dafür, um diese Ausnahmeregelung zu rechtfertigen. Auf der anderen Seite hat die DG mit einem großen Demokratie- beziehungsweise Repräsentationsdefizit zu kämpfen: es ist der einzige Wahlkreis in der gesamten EU, in dem die große Mehrheit der Wähler politisch nicht vertreten ist.

Es können jedoch mehrere Lösungen zur Beseitigung dieses Defizits erarbeitet werden, welche sowohl eine direkte als auch eine indirekte Mitwirkung von verschiedenen Parteien in einem Einpersonenwahlkreis ermöglichen können. Diese Lösungen könnten sogar den Weg für eine zukünftige Vertretung in der Belgischen Abgeordnetenversammlung ebnen, damit ein ähnliches Repräsentationsdefizit wie bei den Europawahlen in der DG verhindert werden könnte.



### VERHÄLTNISSWAHL (PROPORTIONALWAHL)

Listenwahl, bei der die Abgeordnetenmandate der verschiedenen Parteien nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen verteilt werden. Beispiel: Wenn 25% der Wähler für die Partei A ihre Stimme abgeben, erhält diese Partei ebenfalls 25% der Sitze.

**Vorteil:** Kleine und mittlere Parteien werden im Parlament vertreten und der Wählerwille wird respektiert.

#### **Anwendung:**

- alle Wahlen in Belgien (PDG, Föderalwahlen, Gemeindewahlen, usw.)
- Europawahlen für alle 28 Mitgliedsstaaten (seit 2002 verbindlich)



### MEHRHEITSWAHL (DIREKTWAHL)

Kandidatenwahl, bei derjenige gewählt ist, der mehr Stimmen als jeder andere Kandidat erhält, auch wenn weniger als 50% für diesen Kandidaten gestimmt haben. Beispiel: Kandidat A = 30%, Kandidat B = 20%, Kandidat C = 15%, Kandidat D = 10%, Kandidat E = 5%. Gewählt ist Kandidat A mit 30% der Stimmen.

#### **Nachteil:**

Die größte Partei wird überrepräsentiert und alle anderen Parteien werden gar nicht repräsentiert.

#### **Anwendung:**

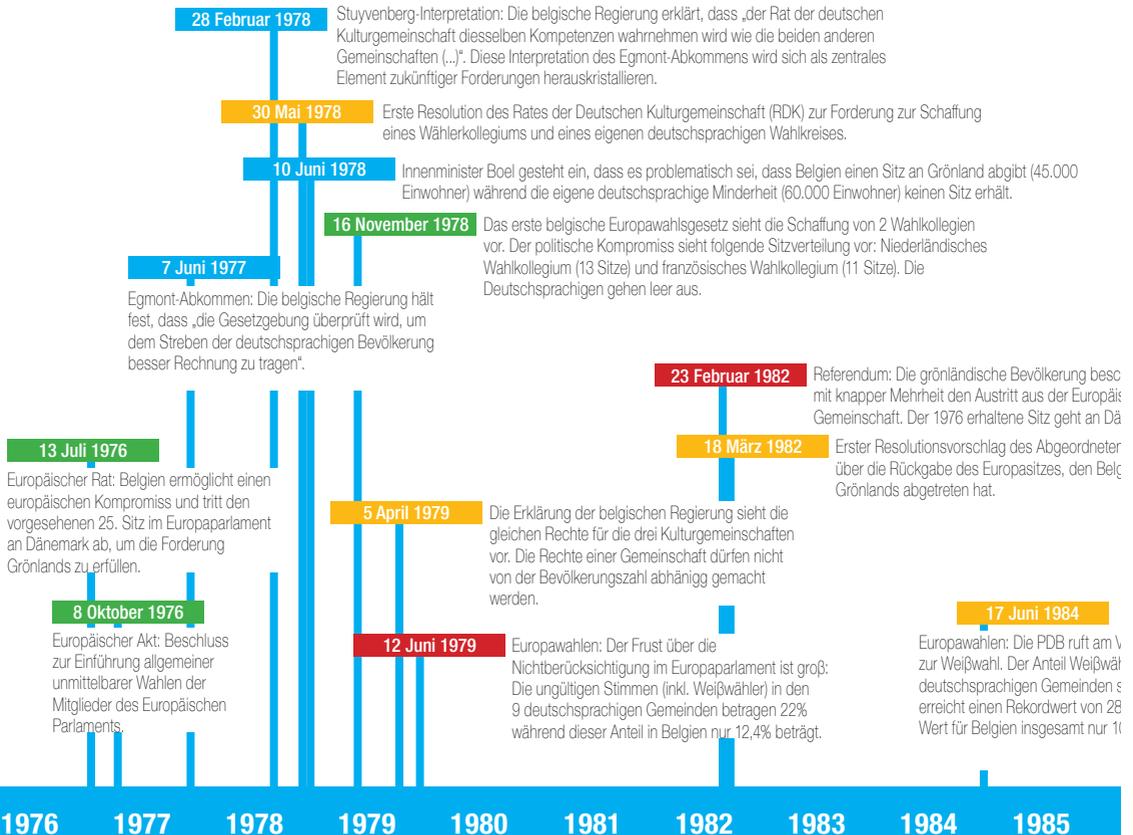
Es gibt nur einen einzigen Wahlkreis in der ganzen EU, wo dieses Verfahren für die Europawahlen angewendet wird: die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens.

RECHTSBESCHLÜSSE (GESETZE, REFERENDUM, GIPFELBESCHLÜSSE, USW.)

REAKTIONEN DER DG (RESOLUTIONEN, GESETZESVORSCHLÄGE, USW.)

REAKTIONEN DER BELGISCHEN REGIERUNG

EUROPAWAHLEN



# Die Zeitlinie gibt uns einen Überblick über die Geschichte des eigenen Wahlkreises für das Europaparlament.

Zwischen 1976 und 1993 setzten die deutschsprachigen Parteien sich für eine gesetzlich garantierte Vertretung ein. Das primäre Ziel nach einem eigenen Wahlkreis für die Europawahlen wurde 1994 erreicht. Argumente wie der Minderheitenschutz sowie das Recht auf Gleichstellung aller Partner in einem Bundesstaat sind nur einige der Argumente gewesen, die den Deutschsprachigen in ihrer Forderung nach einer garantierten Vertretung in die Hände gespielt haben.

**22 September 1988**

Gesetzesvorschlag des (kooptierten) Senators Fred Evers (PRL-PFF) sowie ein zweiter Resolutionsvorschlag des Abgeordneten Gehlen (PSC-CSP) zur Rückgabe des Europasiszes und zur Schaffung eines eigenen Wahlkreises.

**19 Dezember 1988**

Zweite Resolution des Rates der DG (RDG) zwecks Forderung zur Schaffung eines Wählerkollegiums und eines eigenen deutschsprachigen Wahlkreises.

**23 März 1989**

Zweite Europawahlgesetz: Dem deutschsprachigen Wahlkollegium wird ein Sitz im Europaparlament reserviert, insofern Belgien in Zukunft einen zusätzlichen Sitz erhält. Die innerbelgische Neuverteilung ab 1994 der Sitze sieht wie folgt aus: 14 (Flamen) /10 (Frankophone).

**18 Juni 1989**

Europawahlen: Der Anteil der Weißwähler in der DG bleibt auf sehr hohem Niveau (17,4%) während dieser für Belgien 8,4% ausmacht.

ng beschließt  
Europäischen  
it an Dänemark.

rdneten Gehlen (PSC-CSP)  
len Belgien zugunsten

ift am Vortag der Europawahlen  
Weißwähler in den neun  
sinden schießt in die Höhe und  
: von 28,7% während dieser  
nt nur 10,9% beträgt.

1986

1987

1988

1989

1990

1991

1992

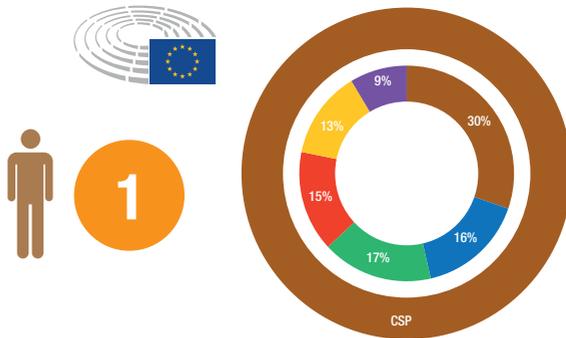
1993

1994

1995

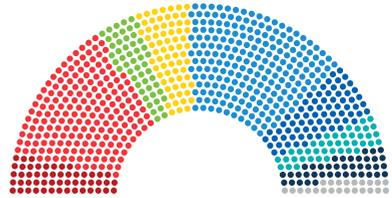
# Europawahlen (2014)

Trotz der in der DG vom Wähler gewollten bunten Parteienlandschaft (innere Kreis der Grafik), werden die ostbelgischen Bürger in Europa nur von einer Partei repräsentiert (äußere Kreis), was aus demokratischen Gesichtspunkten problematisch ist, da - wie schon angesprochen - die große Mehrheit der Bevölkerung politisch ausgeschlossen wird.



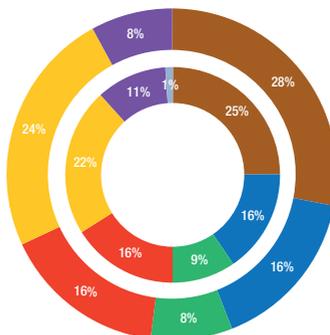
Der Wähler schickt in einer Mehrheitswahl 1 Kandidaten ins Europaparlament. Um gewählt zu sein, muss der 1. Kandidat eine Stimme mehr erhalten als der zweitstärkste Kandidat. Die Stimmen aller anderen Parteien werden nicht berücksichtigt.

750

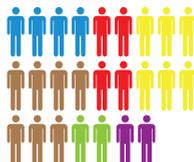


# Wahlen zum Parlament der DG (2014)

Im Parlament der DG wird der Wählerwille nahezu exakt wiedergegeben: die Sitze entsprechen mehr oder weniger den erhaltenen Stimmen (siehe Grafik, innere und äußere Kreis). Im PDG sind die CSP (7 Sitze) und die ProDG (6 Sitze) sogar leicht überrepräsentiert während Ecolo (2 Sitze) und Vivant (2 Sitze) leicht unterrepräsentiert sind. Der Wählerwille von der SP und der PFF wird nahezu exakt in Sitzen umgewandelt (jeweils 4 Sitze). Vivant hat 2014 den 3. Sitz knapp verpasst während die CSP ihren 7. Sitz nur knapp verteidigen konnte



Der Wähler schickt in einer Verhältniswahl 25 Kandidaten ins PDG. Die 25 Sitze werden im Verhältnis zum Wahlergebnis zugeteilt. Um politisch vertreten zu sein, muss eine Liste 5% der Stimmen erhalten.



**24 Oktober 2003** Die Regierung Verhofstadt verabschiedet einen Gesetzesvorentwurf um den deutschsprachigen Wahlkreis abzuschaffen und um Teil des französischen Wahlkreises zu werden.

**27 Oktober 2003** Nach einer hitzigen Debatte im RDG betreffend des Zustandekommens der Abschaffung des eigenen Wahlkreises fordert der RDG einstimmig in einer dritten Resolution die Beibehaltung des eigenen Wahlkreises.

**14 November 2003** Gutachten des Staatsrates: Im Gegensatz zum Rest der EU findet zwar in der DG effektiv ein Mehrheitswahlssystem Anwendung, da jedoch den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit gegeben wurde, ihr Hoheitsgebiet in Wahlkreise einzuteilen ohne das Verhältniswahlrecht insgesamt in Frage zu stellen, steht der Beibehaltung des eigenen EU-Wahlkreises rechtlich nichts mehr entgegen.

**28 November 2003** Inneminister Patrick Dewael (VLD) zieht den Gesetzesvorentwurf zur Abschaffung des deutschsprachigen Wahlkreises zurück.

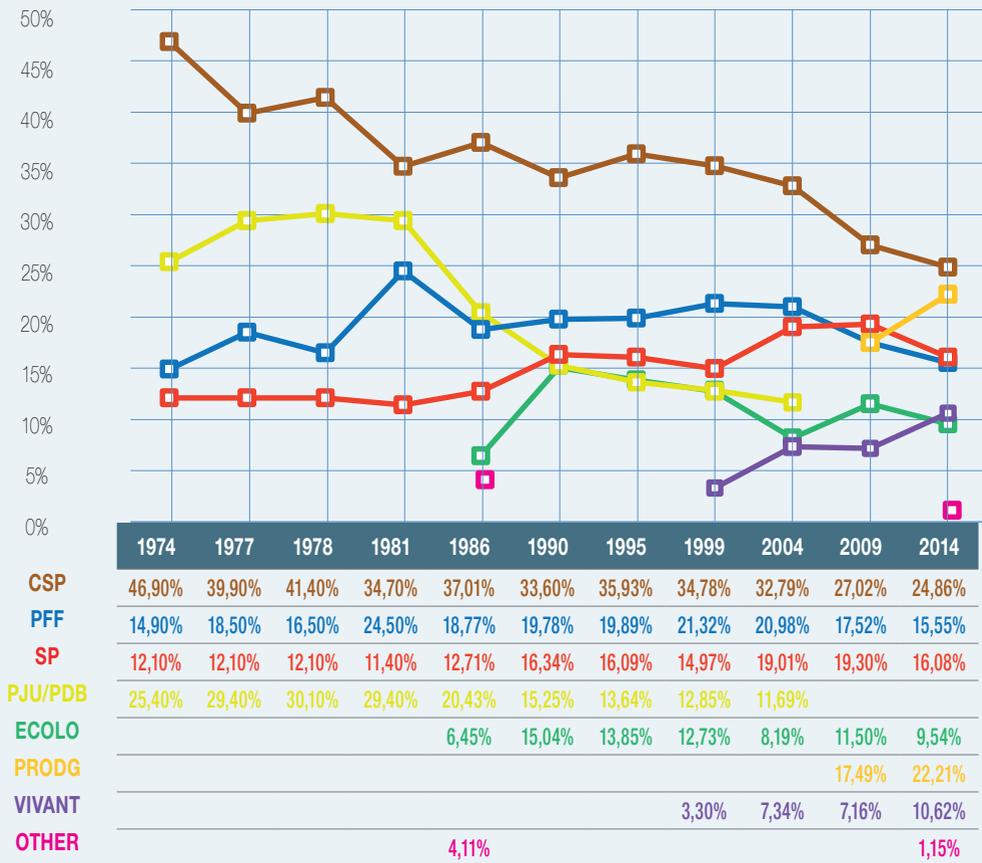
**23 September 2002** Das Europäische Parlament beschließt den definitiven Übergang zur Verhältniswahl in der ganzen EU. Das in der DG geltende Mehrheitswahlrecht für die Europawahlen stößt auf Kritik, da mittlere bis kleinere Parteien systematisch von einer politischen Vertretung ausgeschlossen werden.

**15 Dezember 2003** Die DG-Delegation in Brüssel wiederholt ihre Forderung nach einer garantierten Vertretung u.a. im Europaparlament (sowie in der Kammer und im Senat).

**13 Juni 2004** Europawahlen: Durch die Osterweiterung der EU muss Belgien 1 Sitz abgeben. Die Frankophonen verlieren einen Sitz. Der ostbelgische Sitz bleibt unangetastet, da dieser per Gesetz garantiert ist. Die künftige Sitzverteilung sieht wie folgt aus: 14/9/1. Für die DG zieht weiterhin M. Grosch von der CSP ins Europaparlament.

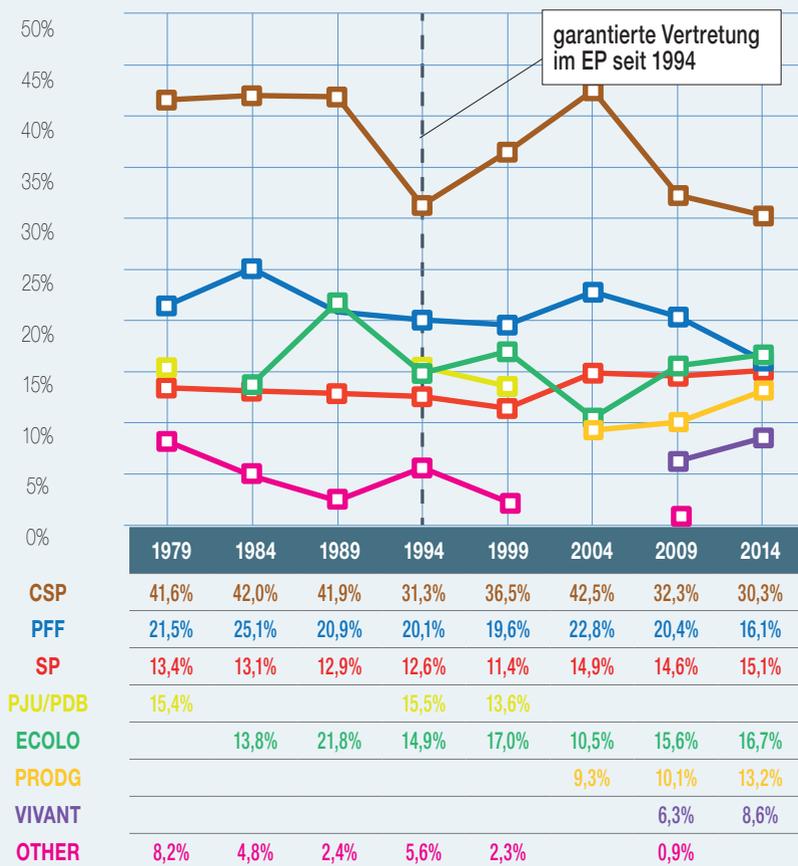
**7 Juni 2009** Europawahlen: Durch den EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens muss Belgien 2 Sitze abgeben. Die Flamen und die Frankophonen verlieren jeweils einen Sitz. Die Verteilung der 22 Sitze sieht wie folgt aus: 13/8/1. M. Grosch (CSP) bleibt weitere 5 Jahre EU-Abgeordneter.

# Wahlen zum Parlament der DG (1974-2014)



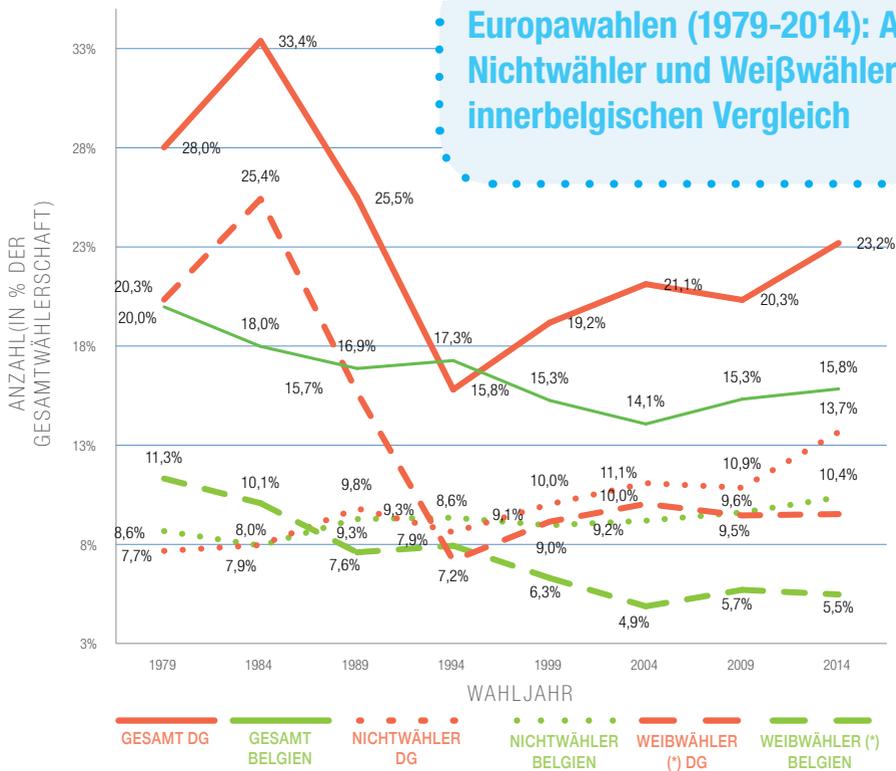
Bei allen Wahlen, in der die DG-Bevölkerung teilnimmt, geben die Wahlen zum PDG das realistischste Stimmungsbild ab, da diese Wahl weniger stark von den einzelnen Kandidaten abhängt. Für das PDG werden 25 Personen gewählt während für die Wahlen zur Kammer, zur Wallonischen Region, zur Provinz sowie zum Europaparlament das Ergebnis stark von dem Listenplatz abhängt bzw. von der Popularität der einzelnen Kandidaten, da nur sehr wenige Abgeordnetenmandate zur vergeben sind.

# Europawahlen in der DG (1979-2014)



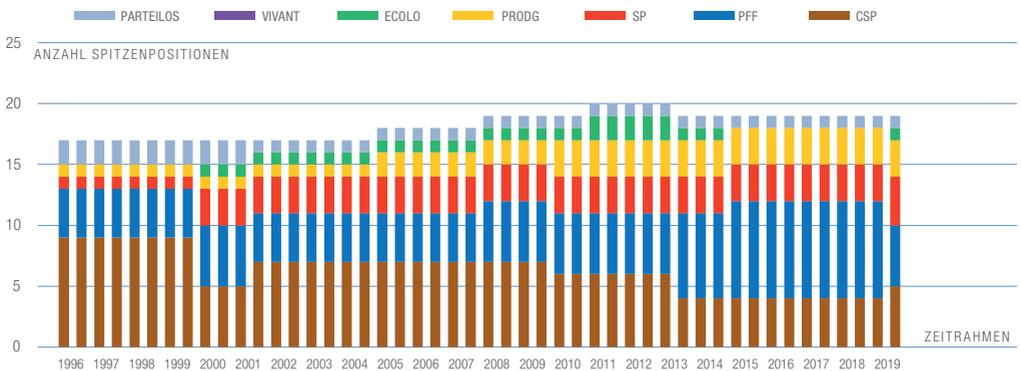
Das bunte Wahlverhalten ist auch für die Wahlen zum Europaparlament zu erkennen: es stellen sich durchgehend ca. 6 Parteien bzw. Listen zur Wahl. Trotzdem wurde die ostbelgische Bevölkerung in der 25 jährigen Geschichte der eigenen Vertretung im Europaparlament ausschließlich von der CSP vertreten. Bei dieser Mehrheitswahl kommt auch noch der Gewinnerschub hinzu: der Kandidat mit den höchsten Gewinnaussichten erhält sogar noch mehr Stimmen als wenn es sich um eine Verhältniswahl gehandelt hätte.

## Europawahlen (1979-2014): Anzahl Nichtwähler und Weißwähler (\*) im innerbelgischen Vergleich



Als die Deutschsprachigen 1994 erstmals ihren eigenen Europaabgeordneten wählten, war die Euphorie sehr groß, was dazu beitrug, dass der hohe Anteil sowohl der Nichtwähler als auch der Weißwähler der Wahlen von 1979, 1984 und 1989 stark zurückging und erstmals unter dem innerbelgischen Durchschnitt fiel. Die deutschsprachigen Belgier zeigten ihre Unzufriedenheit insbesondere darüber, dass der Forderung nach einem eigenen Sitz für die Europawahlen für die ersten 3 Europawahlen nicht erfüllt wurde. Auffallend ist der sehr hohe Anteil an Weißwähler im Jahre 1984, nachdem die PDB zum Boykott der Urnen aufrief. Seit 1994 ist dieser Anteil jedoch kontinuierlich gestiegen, was u.a. damit zusammenhängt, dass viele Ostbelgier sich im Europaparlament weder vertreten fühlen noch politisch vertreten sind. Es herrscht sicherlich eine Wechselbeziehung zwischen der Europamüdigkeit der Bürger und der politischen Nicht-Repräsentanz im Europaparlament. Die in der DG im Sommer 2018 durchgeführte Forsa-Umfrage hebt hervor, dass sich die Bürger mit der EU weniger verbunden fühlen als mit Belgien und der DG: 52 Prozent fühlen sich mit der EU sehr stark oder stark verbunden, fast ebenso viele (47 %) hingegen weniger stark bzw. überhaupt nicht.

(\*) Berechnung der Weisswähler: Anzahl Weisswähler geteilt durch gesamtes Wahlkollegium (nicht: Weisswähler geteilt durch abgegebene Stimmen)



## Politische Spitzenpositionen in der DG Exekutive: Ministerpräsident und Minister sowie 9 Bürgermeister; Legislative: Abgeordnete für Kammer, Region und EU, Parlamentspräsident, Senator

Die Grafik (\*) gibt uns eine Übersicht über die Verteilung der politischen Spitzenämter in der DG. Wenn man die letzten 25 Jahre miteinander vergleicht, stellen wir fest, dass die CSP der absolute Spitzenreiter ist. Nur zwischn 2012-2018 hatte die PFF mehr Spitzenämter inne als die CSP, da sie insg. 4 der 9 Bürgermeister stellte. Die größten Verlierer sind Ecolo und Vivant. In der DG ist die CSP zwar in der Opposition, jedoch hat die CSP mehr politische Spitzenämter inne als SP und ProDG, welche an der DG-Regierung beteiligt sind.

\* Der Bürgermeisterwechsel vom 3. Dezember 2018 wurde berücksichtigt.

# Lösungen zum Demokratie- und Repräsentationsdefizit

Alle Ostbelgier haben das Recht, politisch vertreten zu sein. Ein Einpersonenwahlkreis erschwert dies, jedoch kann an diesem Demokratiedefizit gearbeitet werden, damit die Mehrheit der Bevölkerung repräsentiert werden kann. Es kommen grundsätzlich drei Lösungen in Betracht. Die beiden ersten Lösungen (A-B) sind nur über eine Gesetzesänderung in Belgien möglich (d.h. erst für die Wahlen 2024 anwendbar) während die spanische Lösung (C) schon für die Europawahlen 2019 eingepробt werden könnte, ohne dass dafür ein Dekret bzw. Gesetz beschlossen werden müsste.

WAHLZETTEL (IRISCHE LÖSUNG)		
GESETZESÄNDERUNG ERFORDERLICH		
1	Kandidat A	4
2	Kandidat B	2
3	Kandidat C	1
4	Kandidat D	3
5	Kandidat E	5
6	Kandidat F	6

## A Irische Lösung (Wahl mit sofortiger Stichwahl):

Der Wähler gibt eine Rangfolge der ihm bevorzugten Kandidaten an: Er kennzeichnet auf dem Stimmzettel, welchen der Kandidaten er am liebsten im Amt haben möchte mit 1, welchen am zweitliebsten mit 2 und so weiter. Die erste Stimme kann auch für praktisch aussichtslose Kandidaten abgegeben werden und trotzdem kann der Wähler bei der Wahl zwischen den aussichtsreichsten Kandidaten mitwirken. Jeder Wähler hat so viele Stimmen wie Kandidaten zur Wahl stehen. Dieses System wird für die Europawahlen in Irland und Nordirland angewendet. Das irische Wahlgesetz ist für Einpersonenwahlkreise sehr interessant: gewählt ist der Kandidat, der als Erster 50 % +1 Stimme auf sich vereinen kann. Dies wäre jedoch in Belgien schwer umsetzbar, da dieser Wahlmodus für den belgischen Gesetzgeber ein völlig unbekanntes Verfahren darstellt und eine komplizierte Gesetzesänderung erfordern würde

## B Niederländisch-Finnische Lösung (Listenverbindungen):

Das Konzept der Listenverbindungen wird angewandt, um die Resultate von verschiedenen Parteilisten bei der Auszählung der Stimmen wie eine einzige Liste zu behandeln. So würde fairer Wettbewerb gewährleistet und kleinere Parteien hätten ebenfalls eine Chance gewählt zu werden. Dies wäre sowohl bei der Europawahl als auch in Zukunft bei der Wahl zur Kammer im deutschen Sprachgebiet denkbar. In der Region Brüssel-Hauptstadt ist das System der Listenverbindungen zwischen verschiedenen Parteien innerhalb

WAHLZETTEL (NIEDERLÄNDISCHE LÖSUNG)					
GESETZESÄNDERUNG ERFORDERLICH					
LISTENVERBINDUNG ZWISCHEN PARTEIEN A, B UND C					
A		B		C	
1	Kandidat A	1	Kandidat B	1	Kandidat C
LISTENVERBINDUNG ZWISCHEN D UND E				PARTEILISTE F	
D		E		F	
1	Kandidat D	1	Kandidat E	1	Kandidat F

der Sprachengruppe ebenfalls schon möglich. In Åland (Finnland) finden Listenverbindungen sowie gemeinsame überparteiliche Listen schon seit 1948 Anwendung.

WAHLZETTEL		
(SPANISCHE LÖSUNG)		
SOFORT UMSETZBAR		
LISTENAME:		
Ostbelgien in Europa		
		<input checked="" type="checkbox"/>
1	CSP	<input checked="" type="checkbox"/>
ERSATZKANDIDATEN		
1	ProDG	<input type="checkbox"/>
2	SP	<input type="checkbox"/>
3	PFF	<input type="checkbox"/>
4	Ecolo	<input type="checkbox"/>
5	Vivant	<input type="checkbox"/>
6	CSP	<input type="checkbox"/>

## C

### Spanische Lösung

(Abgeordnetenrotation von parteiübergreifenden Listen):

Auf die DG angewendet, könnten die 2 meistgewählten Politiker einer parteiübergreifenden Liste rotieren, damit der pluralistische Wählerwille respektiert wird und die Mehrheit der Bevölkerung im EU-Parlament vertreten wird. Falls eine Partei durch 2 Kandidaten auf der Liste vertreten ist, darf der Ersatzkandidat der gleichen Partei nicht nachrücken. Die Abgeordnetenrotation

von parteiübergreifenden Listen wurde in Spanien bei jeder Europawahl seit 1987 angewendet. Die rotierenden Abgeordneten arbeiten eng zusammen und gründen sich auf ein gemeinsames Mitarbeiterteam. Jedoch ist es wichtig, zu betonen, dass die Debatte sich nicht auf den Mechanismus der Rotation fixieren soll. Eine Abgeordnetenrotation würde nur bei institutioneller Netzwerkbildung, insbesondere mit dem PDG, Sinn ergeben. Im Europaparlament wäre eine Rotation sehr gut vorstellbar, jedoch in der Kammer schwer umsetzbar. Der europäische Gesetzgebungsprozess ist durch ein System wechselnder Mehrheiten im EP gekennzeichnet, während die Belgische Regierung von einer stabilen Mehrheit in der Kammer abhängt. Wichtig: Die Tatsache, dass die Spitzenkandidaten verschiedener Parteien auf einen Stimmzettel stehen, bedeutet nicht, dass dies eine Einheitsliste darstellt. Es würde effektiv eine Kandidatenwahl stattfinden, so wie dies in allen Einerwahlkreisen der Fall ist.

## D

### Aktuelle Situation:

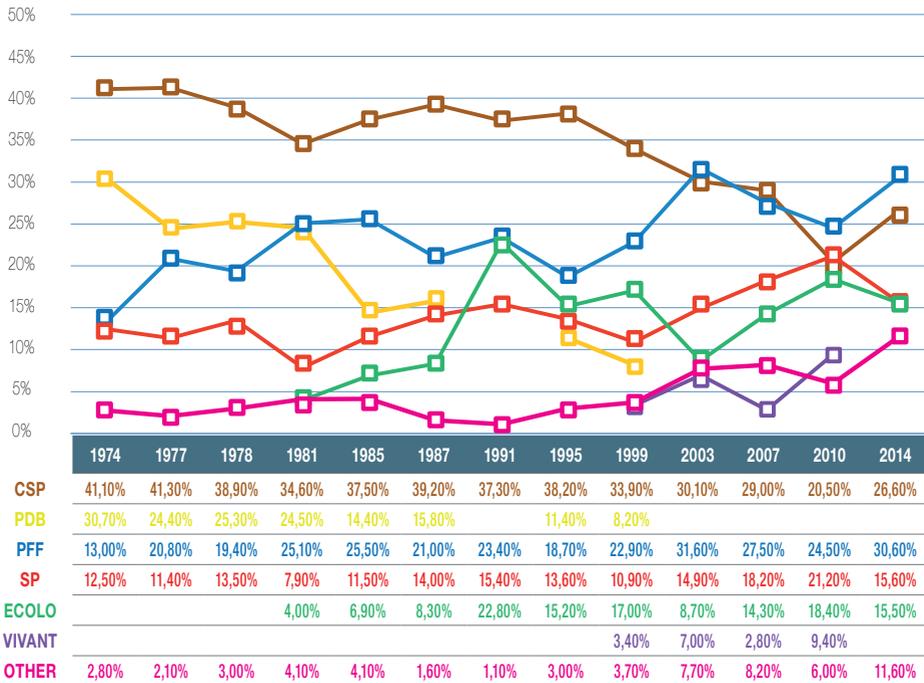
Aktuell werden rein statistische Listen aufgestellt, da Belgien für die EU-Wahlen Listen mit 7 Personen auferlegt, obwohl in der DG nur ein Mandat zu vergeben ist. Aus demokratischen Gesichtspunkten ist dies problematisch, da dem Wähler erstens eine große Auswahl suggeriert wird, mit Personen, welche jedoch niemals in eine politische Verantwortung treten werden und zweitens, da durch dieses Verfahren die überwältigte Mehrheit der DG-Bevölkerung politisch nicht vertreten werden kann.

WAHLZETTEL		
(AKTUELLE SITUATION)		
WORST CASE SZENARIO - EIN WEITER SO VON 6 GETRENNTEN PARTEILISTEN MIT 42 (ERSATZKANDIDATEN FÜR EIN EINZIGES MANDAT)		
CSP		
	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
1	CSP	<input checked="" type="checkbox"/>
ERSATZKANDIDATEN		
1	CSP	<input type="checkbox"/>
2	CSP	<input type="checkbox"/>
3	CSP	<input type="checkbox"/>
4	CSP	<input type="checkbox"/>
5	CSP	<input type="checkbox"/>
6	CSP	<input type="checkbox"/>
ProDG		
	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
1	ProDG	<input checked="" type="checkbox"/>
ERSATZKANDIDATEN		
1	ProDG	<input type="checkbox"/>
2	ProDG	<input type="checkbox"/>
3	ProDG	<input type="checkbox"/>
4	ProDG	<input type="checkbox"/>
5	ProDG	<input type="checkbox"/>
6	ProDG	<input type="checkbox"/>
SP		
	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
1	SP	<input checked="" type="checkbox"/>
ERSATZKANDIDATEN		
1	SP	<input type="checkbox"/>
2	SP	<input type="checkbox"/>
3	SP	<input type="checkbox"/>
4	SP	<input type="checkbox"/>
5	SP	<input type="checkbox"/>
6	SP	<input type="checkbox"/>
PFF		
	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
1	PFF	<input checked="" type="checkbox"/>
ERSATZKANDIDATEN		
1	PFF	<input type="checkbox"/>
2	PFF	<input type="checkbox"/>
3	PFF	<input type="checkbox"/>
4	PFF	<input type="checkbox"/>
5	PFF	<input type="checkbox"/>
6	PFF	<input type="checkbox"/>
Vivant		
	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
1	Vivant	<input checked="" type="checkbox"/>
ERSATZKANDIDATEN		
1	Vivant	<input type="checkbox"/>
2	Vivant	<input type="checkbox"/>
3	Vivant	<input type="checkbox"/>
4	Vivant	<input type="checkbox"/>
5	Vivant	<input type="checkbox"/>
6	Vivant	<input type="checkbox"/>
Ecolo		
	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
1	Ecolo	<input checked="" type="checkbox"/>
ERSATZKANDIDATEN		
1	Ecolo	<input type="checkbox"/>
2	Ecolo	<input type="checkbox"/>
3	Ecolo	<input type="checkbox"/>
4	Ecolo	<input type="checkbox"/>
5	Ecolo	<input type="checkbox"/>
6	Ecolo	<input type="checkbox"/>

## SCHLUSSFOLGERUNG:

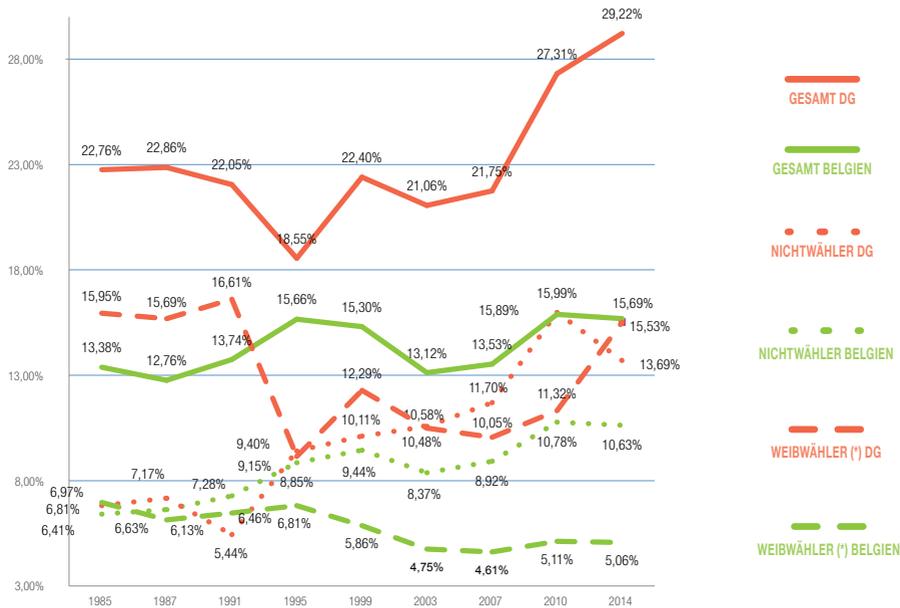
Bei allen 3 Lösungsvarianten könnte ein Rotationsverfahren angewendet werden, mit dem Ziel, dass immer mind. 50% der Bevölkerung politisch repräsentiert wird, jedoch ist dies nicht Pflicht. Die beteiligten Parteien führen wie bisher getrennten Wahlkampf und können im EU-Parlament frei ihre Fraktion auswählen. Das vom Europaparlament bezahlte gemeinsame Mitarbeiterteam (aller im PDG vertretenen Parteien) arbeitet dem rotierenden EU-Abgeordneten zu und garantiert einen geordneten Übergang um die Kontinuität zu gewährleisten. Die Reformen sind für den Steuerzahler kostenneutral, da keine neuen Stellen geschaffen werden. Die bestehenden Stellen werden im Verhältnis zu dem Wahlergebnis zwischen den Parteien aufgeteilt, damit alle Parteien ihre Wählerschaft im Europaparlament vertreten können.

# Wahlen zur Kammer (1974-2014)



Die effektive Anzahl der teilnehmenden Parteien ist bei den Wahlen zum PDG und zum Europaparlament am höchsten, da alle lokalen Parteien zur Wahl antreten. Die Resultate der Wahlen zur Kammer belegen ebenfalls die in der DG vorherrschende fragmentierte Parteienlandschaft, auch wenn weniger Parteien zur Wahl antreten: Die PJJ-PDB bzw. später die ProDG nahmen nicht an die Föderalwahlen (seit 2003), Regionalwahlen (seit 2009) und Provinzialwahlen (seit 2012) teil. Vivant hat ebenfalls seit 2007 nicht an allen Wahlen teilgenommen. Einer der Gründe der Nichtteilnahme ist sicherlich, dass bei diesen Wahlen die DG über keine eigene garantierte Vertretung in einem eigenen Wahlkreis verfügt. In der Provinz Lüttich werden insgesamt 15 der 150 Abgeordneten der Kammer gewählt. Damit ein Deutschsprachiger überhaupt gewählt werden kann, wäre ein Listenplatz auf den ersten 4-5 Plätzen bei MR und PS erforderlich und bei CdH, Ecolo und PTB sogar ein Listenplatz auf den ersten beiden Plätzen. Die Föderalwahlen sind also für die deutschsprachigen Wähler sehr unübersichtlich, da die Wahl maßgeblich von einem guten Listenplatz auf den frankophonen Listen abhängt, was sich ebenfalls in dem weiter steigenden Anteil insbesondere der Weißwähler niederschlägt (s. untere Grafik). An der Tatsache, dass die DG seit 2007 in der Kammer vertreten ist, ändert auch nichts daran, dass die Anzahl Nichtwähler und Weißwähler weiter zunimmt, da das Repräsentationsdefizit weiter bestehen bleibt.

# Wahlen zur Kammer (1985-2014): Anzahl Nichtwähler und Weißwähler im innerbelgischen Vergleich



Grundlegend lässt sich schlussfolgern, dass die Deutschsprachigen bei den Wahlen ohne garantierte Vertretung und ohne eigenen Wahlkreis, d.h. bei den Föderal-, Regional- und Provinzialwahlen, mit einem höheren Anteil von Nichtwähler und Weißwähler konfrontiert ist als zu den Wahlen zum PDG und zum Europaparlament, dort wo die DG garantiert vertreten ist. Jedoch auch bei den beiden letzteren liegt dieser Anteil sowohl über dem nationalen als auch europäischen Durchschnitt.

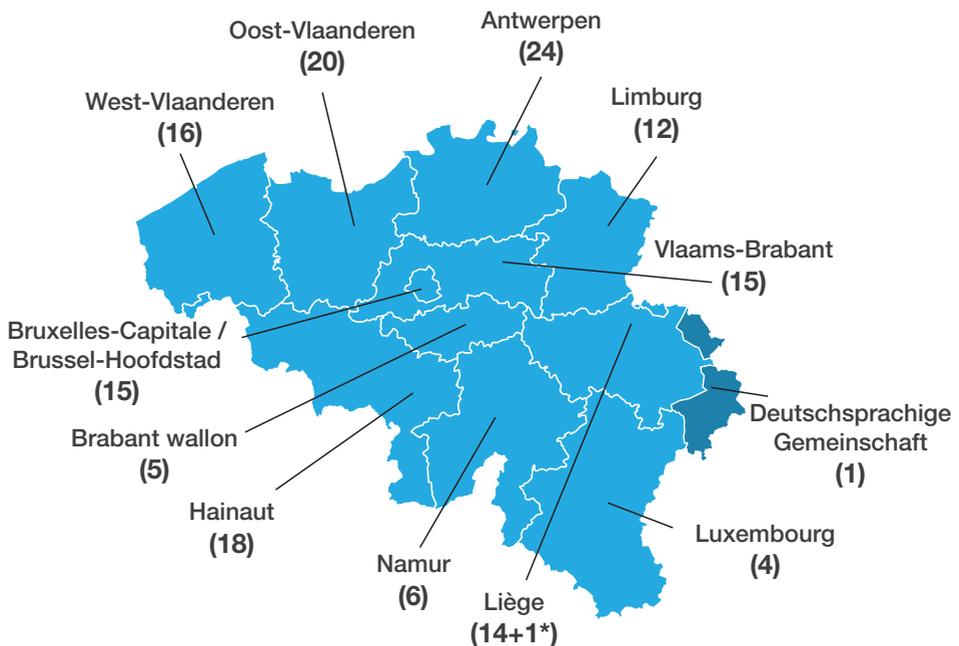
Was die Wahlen zur Kammer angeht, betrug die Anzahl der ungültigen und weißen Stimmen zwischen 1974 und 1991 zwischen 16,2 % - 20 %. Erst bei den Wahlen 1995 ist ein erheblicher Rückgang der ungültigen und weißen Stimmen zu verzeichnen, was möglicherweise auf den Umbau des Zentralstaats Belgien zu einem Föderalstaat zurückzuführen ist, in dessen Zusammenhang den Deutschsprachigen erstmals ein fester Platz im belgischen Staatsgefüge mit einer wachsenden Autonomie zugesprochen wurde. In einer im Sommer 2018 durch das Forsa-Institut erarbeiteten Umfrage wurde aufgezeigt, dass die Verbundenheit der Ostbelgier zu Belgien sehr hoch (97 %) ist und darüber hinaus nur wenige Ostbelgier ein distanzierteres Verhältnis zu Belgien (13 %) aufweisen. Dies täuscht jedoch nicht über Tatsache hinweg, dass der Platz Ostbelgiens im Föderalstaat (garantierte Vertretung in der Kammer, Problematik des Deutschen in Verwaltungsangelegenheiten, usw.) noch nicht endgültig gesichert ist, was sich an der sehr hohen Anzahl insbesondere der Weißwähler ablesen lässt.

(\*) Berechnung der Weisswähler: Anzahl Weisswähler geteilt durch gesamtes Wahlkollegium (nicht: Weisswähler geteilt durch abgegebene Stimmen)

# Deutschsprachige Vertretung in der Belgischen Kammer

Ab 2024 könnte man das System der relativen Mehrheitswahl für einen deutschsprachigen Einpersonenwahlkreis für die Wahlen zur Kammer anwenden. Als Präzedenzfall dient die schwedischsprachige Minderheit ALANDS, welche seit 1907 meistens im finnischen Parlament vertreten wurde, jedoch wurde erst im Jahre 1948 das Mandat Alands über die Verfassung garantiert. Dieser Wahlmodus könnte an drei Bedingungen geknüpft werden, damit NICHT das gleiche Repräsentationsdefizit wie bei den bisherigen Europawahlen in der DG (1994-2014) entstehen würde:

1. **Listenverbindungen:** Ermöglichung eines fairen Wettbewerbs zwischen den Listen.
2. **Parteiübergreifendes Arbeiterteam:** Indirekte politische Mitwirkung möglichst vieler Wähler.
3. **Interparlamentarischer Begleitausschuss im PDG:** Den Ostbelgiern die Belgische Vertretung sichtbar machen.



**149 Abgeordnete**  
**(11 Mehrpersonenwahlkreise):**  
niederländischsprachige und  
französischsprachige Abgeordnete

**1 Abgeordneter**  
**(1 Einpersonenwahlkreis):**  
deutschsprachiger Abgeordnete(r)

## **Verhältniswahl: 149 Abgeordnete**

Das finnische Parlament besteht aus 200 Abgeordneten: 199 Abgeordnete werden nach dem Prinzip der VERHÄLTNISSWAHL gewählt (14 Mehrpersonenwahlkreise) während der garantierte Abgeordnete aus Åland nach dem Prinzip der MEHRHEITSSWAHL gewählt wird (1 Einpersonenwahlkreis).

Die in Belgien bestehenden 11 Mehrpersonenwahlkreise (10 Provinzwahlkreise und 1 Wahlkreis Brüssel) könnten bestehen bleiben, mit der Ausnahme, dass in der Provinz Lüttich ein zusätzlicher Einpersonenwahlkreis für die DG geschaffen würde, damit den regionalen Besonderheiten der DG (hohe Anzahl Nichtwähler und Weisswähler) Rechnung getragen werden kann.

Von den 149 Abgeordneten würden - so wie bisher - 87 der niederländischen Sprachgruppe angehören und 62 (+1) der französischen Sprachgruppe. Die in der Verfassung festgeschriebene Dualität Niederländisch / Französisch würde nicht angetastet.

## **Mehrheitswahl mit Listenverbindungen: 1 Abgeordneter**

Ähnlich wie in ÅLAND könnte das Mehrheitswahlsystem in Verbindung mit Listenverbindungen angewendet werden, damit der gewählte deutschsprachige Abgeordnete über eine größtmögliche Legitimität verfügen würde, da dieser durch diese Kombination eher die absolute Mehrheit der Stimmen (50%+1) erhalten würde. Listenverbindungen in einem fragmentierten Parteiensystem ermöglichen erst einen fairen Wettbewerb zwischen den Listen und verhindert, dass ausschließlich die größte Partei politisch repräsentiert würde. In Åland wird das Prinzip der Listenverbindungen schon seit 1948 angewendet. Der in der Provinz Lüttich gewählte Abgeordnete des deutschen Sprachgebiets könnte weiterhin der französischen Sprachgruppe angehören (14+1\*). Auch wenn „nur“ ein Abgeordneter Ostbelgien DIREKT vertreten würde, könnte ein durch die Kammer finanziertes und im PDG angesiedeltes parteiübergreifendes Mitarbeiterteam sicherstellen, dass alle Wähler bzw. Wählergruppen an den belgischen Gesetzgebungsprozess INDIREKT mitwirken können.

# Allgemeines Fazit

In einem Einpersonenwahlkreis ist es per Definition schwierig, alle vertretenen Parteien am belgischen und europäischen Gesetzgebungsprozess mitwirken zu lassen.

Eine Kombination aus direkter (Mandatsebene) und indirekter Mitwirkung (Mitarbeiterebene sowie eine Vernetzung mit dem PDG) aller vertretenen Parteien könnte dem ostbelgischen Bürger EUROPA und BELGIEN näher bringen und effektiv sichtbar machen, mit der wahrscheinlichen Konsequenz, dass die Wähler nicht nur repräsentiert werden, sondern sich auch repräsentiert fühlen können.

Das PDG könnte als erstes Regionalparlament überhaupt direkt mit den zwei Ebenen vernetzt werden (Aufbau eines Systems der Parlamente), indem ein interparlamentarischer Begleitausschuss gegründet wird, der allen Parteien eine indirekte Mitwirkung ermöglichen könnte.

Monatlich stattfindende (öffentliche) Sitzungen würden in Deutsch stattfinden, was dazu beitragen könnte, die Distanz zur nationalen und europäischen Ebene zu reduzieren.

In diesen Sitzungen könnten die jeweiligen Mandatare ihre Arbeit und ihr Abstimmungsverhalten erläutern, und alle Fraktionen hätten Gelegenheit, diese dazu zu befragen, was dazu beiträgt, dass alle Parteien einen gewissen Einfluss auf den belgischen und europäischen Gesetzgebungsprozess ausüben könnten.

Ein Reformmodell führt entweder zu einer stärkeren Repräsentativität aller Parteien und aller Wähler oder man könnte sich grundsätzliche Gedanken über den Sinn einer garantierten Vertretung machen, ob dies nun das Europäische Parlament oder die Belgische Abgeordnetenversammlung betrifft.



